

Antrag zur Ratssitzung am 17. Juli 2003

Bevölkerungsentwicklung

Beschlussvorschlag:

- Die Verwaltung stellt den Fraktionen, Rats- und Ausschussmitgliedern Informationen, Datenmaterial und Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung, soweit vorhanden oder hoch zu rechnen, auch bezogen auf die Stadt Kreuztal, zur Verfügung. Dabei bitten wir, soweit möglich, die langfristige Entwicklung zu berücksichtigen.
- Der Rat und die Ausschüsse des Rates beraten über die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung als Querschnittsaufgabe für die kommunalpolitische Arbeit.

Begründung:

Nach eingehender Beschäftigung mit diesem Thema sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass es sowohl für die kommunalpolitische Tätigkeit, als auch für Verantwortliche unverzichtbar ist, sich mit den Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung und den damit verbundenen Veränderungen der Gesellschaft als Querschnittsaufgabe auseinander zu setzen.

Bislang spiegelt sich diese Notwendigkeit in Beratungen zu Einzelthemen (s. Kindergartenplätze oder Schulangebot) wieder, weil sich hier erste Veränderungen deutlicher und früher zeigen als in vielen anderen Bereichen.

Grundsätzlich werden aber fast alle kommunalen Aufgaben von dieser Entwicklung betroffen sein. Die Veränderung der Gesellschaft wird sowohl völlig neue Anforderungen an städtische Planungen in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Gewerbe, Bildung haben wie auch finanzielle und damit haushaltsrelevante Auswirkungen.

Wir wissen heute, dass sich der Anteil der unter 20jährigen innerhalb eines Lebensalters von 1960 bis 2040 halbieren wird und sich der Anteil der über 60jährigen im gleichen Zeitraum verdoppelt. Diese Entwicklung ist nicht nur absehbar, sondern steht heute unumkehrbar fest.

Wenn wir mit unseren Entscheidungen Rücksicht auf Generationengerechtigkeit, bedarfsorientierte und dauerhaft finanzierbare Planungen nehmen möchten, müssen die Fakten auch vor Ort verinnerlicht und bei anstehenden Entscheidungen als Grundlage dienen können.

Darüber hinaus sehen wir zumindest in gewissem Umfang auch auf kommunaler Ebene die Möglichkeit die Grundlagen für die Zukunft durch familien- und kinderfreundliche Politik, Förderung und Chancengleichheit aller Kinder zu verbessern.

Auch die seniorenpolitischen Anforderungen müssen angenommen und unter Einbindung der Betroffenen bewältigt werden.

Wir gehen davon aus, dass dieses Thema nicht mit einer Diskussion erledigt werden kann, würden uns aber wünschen, dass das Wissen darum uns nachhaltig bei der weiteren Arbeit begleitet.

[Antrag schließen](#)

[Antrag drucken](#)